Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

104 (3.3.1919) Abendausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.
Weitans größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Thiergarten.
Chefredakteur: Albert Herzog.
Verantwortlich für allem. Politik und Redaktion: Union Rudolf, bad. Politik, Lokales und allem. Zeitl. u. Febr. v. Sedendorff, bad. Chronik u. Sport: H. Bolderauer, für den Anzeigenteil: H. Münderpacher, sämtl. in Karlsruhe i. d. Berliner-Vertriebsstelle: Berlin W 10.

Anzeigen.
Die Spalte Kolonialzeitung 30 Pf.
Die Kolonialzeitung 1 Pf., Reklamen an 1. Stelle 1.25 Pf., die Stelle außerdem 30% Teuerungszuschlag.
Bei Abrechnungen monatlich, bei den Abrechnungen des Jahres, bei geschäftlichen Beziehungen sind bei Kontierung vorher zu zahlen.

Bezugs-Preise:
Einzelnummer 1.25
3 Monate 3.75
6 Monate 7.25
1 Jahr 13.50
In der Provinz
Einzelnummer 1.50
3 Monate 4.50
6 Monate 8.50
1 Jahr 16.50
In der Provinz
Einzelnummer 1.75
3 Monate 5.25
6 Monate 9.75
1 Jahr 18.75

Nr. 104. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Montag den 3. März 1919. Telefon: Redaktion Nr. 309. 35. Jahrgang.

Der Fehler.

D. Weimar, 3. März. (Privatteil.) Am 9. November waren alle radikalen Parteien, einschließlich der Mehrheitssozialisten, bemüht, der deutschen Revolution das Wesen einer politischen Umwälzung zu geben oder zu erhalten. Der Strom wurde in eine Verfassung geleitet. Wir erhielten ein Gemischtes demokratisches Wahlrecht, eine Nationalversammlung, einen Reichspräsidenten, ein Reichsministerium, einen Reichsrat. Das Ganze sah aus, als habe es nie einen Anspruch auf Beteiligung der wirtschaftlichen Kräfte gegeben, als sei die soziale Bewegung, von der die politische doch ausging und getragen wurde, ein Vorgang zweiter Ordnung. Das Wort „Sozialisierung“ wurde den Radikalen ein Kampfruf, den Rechtsstehenden ein Segenswort, den Mehrheitssozialisten eine Verlegenheit. Man schwebte, eine Kommission ein und übertrug die Aufgabe der wirtschaftlichen Umwälzung ins Stofflos-politische. Wir sehen jetzt die Folgen!
Die Neuordnung scheint nahezu vollendet. Die Reichsregierung mit ihren sorgfältig abgefügten Machtbefugnissen besteht, und doch war diese Regierung niemals beschränkter als eben jetzt nach der Einigung über fast alle politischen Grundfragen. Sie muß erhebliche Angelegenheiten machen, einer Massenbewegung auszuweichen oder entgegenkommen, fast Fertiges noch einmal beginnen. Sie hat einen Aufbruch erlassen, der das Unbehagen ihrer Lage kennzeichnet. Hat die Reichsregierung und haben ihre Vorgängerinnen, als sie den Zeitgeist in Form rein politischer Begriffe fanden, einen verhängnisvollen Fehler begangen? Vielleicht ist der Vorwurf nicht so gerichtet, daß er die Männer trifft, die in den letzten Monaten regierten, oder zu regieren versuchten. Sie empfingen ihr geringes Maß an Macht aus den Händen politischer Parteien und politisch ließ man sich wohl allgemein von dem Gefühl der Notwendigkeit leiten, dem zerfallenden Staat überhaupt eine Form zu geben. Das übrige werde man dann in Ruhe überlegen können.

Wie wichtig aber auch das Handeln der Einzelnen gewesen sein mag, der Weg, den die Gesamtheit nahm, war — aus dem Ergebnis gesehen — ein falscher. Die mit redlichstem Willen geübte Ordnungs- und Verfassungspolitik krankte an dem Irrtum über das Wesen der Revolution, an dem Versuch, die Regierung in letzter Stunde zu beschleunigen. Ihr Weimarer Aufbruch vom 1. März hat Worte des Unwillens gegen die Träger der Anarchie und Worte der Entschlossenheit, das Wort der Verfassung zu vollenden, aber diese Worte bedeuten doch auch ihren Rückzug.
Der Aufbruch gibt dem Sinne nach zu, daß man die Revolution einseitig politisch aufgefaßt hat, vielleicht hat auffassen müssen und daß man nunmehr genötigt ist, das Gewebe wieder auseinander zu knüpfen. Dabei versucht die Regierung freilich, über den Widerspruch mit dem „Jomohl“ als auch „hinwegzukommen und rettet sich in eine streng durchgeführte Trennung des Politischen und Wirtschaftspolitischen. Einem Eingriff will sie sich nicht gefallen lassen, dagegen ist sie bereit, auf wirtschaftlichem Gebiet den Gedanken sozialer Selbstverwaltung durchzuführen. Politisch soll Deutschland vom Parlament, wirtschaftlich von Betriebsräten regiert werden.
Der Aufbruch findet für die wirtschaftlichen Neuordnungen die Form „konstitutionelle Fiktion“, aber die Begriffsstreuung ist doch nur ein Umgehen der Kernfrage. Politik und Wirtschaft sind in der deutschen Wirklichkeit zur Zeit nicht zu scheiden und die Volkswirtschaft erfüllt sich nicht nur in Fabriken. Die Luft, in der die Reichsregierung entlassen ist, ist zu dünn und zu wenig mit dem Wesentlichen der großen Umwälzung gesättigt. Die Räte werden in der rein politisch entworfenen Verfassung ein Fremdkörper sein, denn auch sie haben sich einseitig entwickeln müssen. Jetzt bleibt nur eine spätere Verschmelzung und die Hoffnung, daß die Operationswunde sich dennoch verwächst.

Die Bedingungen für den dauernden Waffenstillstand.

Genf, 2. März. Der Oberste Kriegsrat der Alliierten hat, wie die heutigen Annonen Zeitungen melden, für den dauernden Waffenstillstand mit Deutschland folgende Bedingungen ausgearbeitet: Die Präsenzstärke der aktiven deutschen Armee soll 200 000 Mann nicht überschreiten. Der Oberbefehl und die Ausrüstung dieser Truppen werden einem strengen Regiment unterworfen, das in seinen Einzelheiten den Friedenspräliminarien einverleibt wird. Artillerie und Flugzeuge werden streng kontrolliert und dürfen die von den Alliierten festgesetzten Beschränkungen nicht überschreiten. Den in Deutschland verbleibenden Kriegswerkstätten wird ein Produktionsmaximum vorgeschrieben. Eine internationalisierte Inspektionskommission wird die dauernde Kontrolle der Truppen und Kriegswerkstätten führen.
Besondere Steuern und die Beschlagnahme der Zolleinnahme werden der Zahlung der deutschen Kriegsschuld dienlich gemacht. Deutschland soll jährlich 10 bis 15 Milliarden an eine internationale Kommission zahlen, die beauftragt ist, den Zahlungsmodus zu regeln. Die Dauer dieses Zahlungszwanges wird auf 30 bis 50 Jahre berechnet.
In Bezug auf die Gebietsfragen wird die bisherige Bezeugung des linken Rheinufers ungeschädigt aufrecht erhalten. Eine den ethnischen und natürlichen Rücksichten entsprechende Demarkationslinie wird Deutschland und Polen ebenso wie Deutschland und Desterreich nahe treten.
Über die maximalen Forderungen der Entente teilen die französischen Zeitungen im Anschluß an die englische Presse folgendes mit: In Bezug auf das Schicksal der deutschen Flotte besteht eine Differenz zwischen England und Frankreich, das sich der Zerstückung dieser Flotte widersetzt. In allen übrigen Punkten sind jedoch die Alliierten einig. In Bezug auf die Behandlung der deutschen, österreichischen, bulgarischen und türkischen Kriegsfahrzeuge. Sämtliche deutsche U-Boote, die Kriegsfahrzeuge für U-Boote, die Docks, einschließlich des gerade Entente abgebaut werden. Sämtliche in Bau befindlichen Einrichtungen der nämlichen Art müssen innerhalb drei Monate nach Unterzeichnung des Präliminarfriedens abgetragen sein. Das Nachher kann andere Verwendung finden, jedoch nur zu Arbeiten, die im Frieden dienen. Deutschland wird verpflichtet, folgende Kriegswerkstätten in jektivistischem Zustand mit Kanonen und Torpedos auszurüsten: „Odenburg“, „Thüringen“, „Niederlande“, „Helgoland“, „Wesfalen“, „Rheinland“ und „Kassau“, die deutschen Kreuzer: „Blau“, „Graubenz“, „Regensburg“, „Stralsund“, „Dessau“, „August“, „Kolberg“ und „Stuttgart“, 42 moderne Torpedojäger und 24

moderne Torpedoboote. Die im Bau befindlichen Kriegsschiffe müssen abgebaut werden. Die Befestigungen und Anlagen von Helgoland müssen von den Deutschen auf ihre eigenen Kosten zerstört werden. Die Friedenskonferenz wird über das Schicksal der Insel selbst entscheiden. Sämtliche die Zufahrt zur Ostsee beherrschenden Befestigungen müssen abgetragen werden. Der Kanal von Kiel muß für alle Zeiten den Kriegsschiffen und Handelsfahrzeugen aller Völker geöffnet bleiben. Die Hilfskreuzer und übrigen bewaffneten Handelschiffe, die ohne Schwierigkeit in Handelsfahrzeuge umgewandelt werden können, werden als Handelschiffe behandelt, einerlei, ob sie sich in feindlichen Häfen befinden oder bereits in alliierten Häfen interniert sind. 31 deutsche und 40 österreichisch-ungarische Fahrzeuge fallen unter diese Bestimmung.
Die deutschen Telegraphentabellen, bestehend aus 14 Linien nach Amerika und Asien, werden ihren ehemaligen Besitzern nicht zurückgeliefert. Die Stationen für drahtlose Telegraphie in Nansen, Hannover und Berlin dürfen nur noch für Handelszwecke benützt werden. Diese Bestimmung bezieht sich während der Friedensverhandlungen nicht nur auf Mitteilungen militärischer Natur, sondern zweckt auch, die politische Propaganda des Feindes abzukürzen. Die Benutzung dieser Stationen für militärische u. politische Zwecke wird erst gestattet werden, wenn die militärischen Waffenstillstandsbedingungen sämtlich erfüllt sein werden. Bis dahin werden die Alliierten den deutschen Stationen die Länge der zulässigen Herkunftsstellen vorschreiben und ihre Arbeit überwachen. Die nämlichen Bestimmungen finden Anwendung auf die Stationen für drahtlose Telegraphie in Wien, Budapest und Pola. Die österreichische Flotte, bestehend aus 13 Panzerschiffen, darunter zwei Kreuzern, 10 leichten Kreuzern, 19 Torpedojägern und 51 Torpedobooten, 33 fertigen oder in Bau befindlichen U-Booten und 12 Donaumonitoren, ist den Alliierten auszuliefern. Derselben Bestimmungen werden über die türkischen und bulgarischen Kriegsfahrzeuge verhängt. Zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer wird freie Durchfahrt garantiert. Sämtliche Befestigungen und Verteidigungswerke sind abzutragen. Eine besondere Klausel betrifft den Geis der vom Feinde versetzten Handelschiffe.

Die „Frankf. Ztg.“ bemerkt hierzu: Vorausgesetzt, daß die Nachrichten der französischen Zeitungen über die Bedingungen des dauernden Waffenstillstandes den Tatsachen entsprechen, hat man es hier nur noch einer fadenstehenden Fiktion nach mit Waffenstillstandsbedingungen, in Wirklichkeit aber mit Friedensbedingungen zu tun, und zwar mit Friedensbedingungen, die in der denkbar ablehnten Form eines einseitig vom Sieger diktierten Gewaltfriedens aufzulegen werden sollen. Das wird schon äußerlich dadurch kundlich gemacht, daß der Oberste Kriegsrat der Alliierten, also ein rein militärisches Organ, als Urheber von Forderungen auftritt, die, wie z. B. die Bestimmungen über die Kriegsentwaffnung und die in ihrer Sicherung dienenden Garantien, ihrer Natur nach jenseits aller militärischen Zuständigkeit liegen und durchaus dem Gebiet der diplomatischen Verhandlungen angehören, deren Festlegung ohne vorhergehende Aussprache zwischen beiden Parteien eine Ungehörigkeit ist. Und wenn das schon nach den bisher gültigen Begriffen von einem Friedensvertrag zutrifft, um wie viel mehr nach den neuen Ideen, die Herr Wilson in die künftigen Beziehungen der Völker zu tragen sich anheißig macht! In der Tat ist von diesen Ideen in den von dem obersten Kriegsrat der Alliierten aufgestellten Bedingungen nichts zu verspüren.
Die „Berl. Ztg.“, 3. März. Die Pariser Zeitungen besprechen bereits die obigen Bedingungen. Dabei legt „Echo de Paris“ die Erinnerung an die Zeit zwischen Jena und Leipzig, wo Deutschland trotz des Verboles Napoleons das ganze Volk unter die Waffen rief, zwingt die Alliierten zu Maßnahmen, um die Wiederholung eines solchen Vorkommnisses zu verhindern.
Das „Journal“ dagegen erklärt, die militärische Bezeugung des Rheinens sei ebensowenig wie alle Unterdrückungen die territorialen Fragen seien angeht die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen und finanziellen Liquidierung nur ein Kinderpiel, ganz besonders wenn man berücksichtigt, daß angeht die während des Krieges erfolgten Niederlage der deutschen wirtschaftlichen Kräfte die Forderungen der Alliierten weit über das hinaus gehen, was Deutschland zu bezahlen in der Lage sei.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Aus der deutschen Waffenstillstands-Kommission.

Berlin, 2. März. In Nr. 1203 der Pariser Zeitung „L'Europe“ findet sich folgender Artikel: „Wer will gefangene Boche kaufen“, mit dem Untertitel: Befehl des französischen Kommandos des Art.-Sturm-Reg. 300: „Trotz der bereits gemachten Beobachtungen fahzen die deutschen und österreichischen Gefangenen fort, das Spillwasser für die Schweine und die Reite aus den Kellern zu sammeln, besonders zur Essenszeit in den Kellern und auch in den Kellern des Baracken. Ich bitte die Kommandanten der Kommandos in strenger Weise über die Abführung des Spillwassers für die Schweine zu wachen. Falls die Gefangenen in der bisherigen Weise fortfahren werden, werde ich mich genötigt sehen, eine Anzahl Schweine zu verkaufen, was einen großen Verlust in der Verpflegung der Kommandos darstellen würde. Die Kommandanten sollen daher sowohl den Kellern als auch den Baracken Befehle geben, damit sich diese Vorgänge nicht wiederholen.“
Die Nahrung der deutschen Kriegsgefangenen im Lager Cercottes scheint darnach so schlecht und ungenügend zu sein, daß diese vom Hunger geplagten Menschen gezwungen sind, sich die als Schweinefutter bestimmten Küchenabfälle zu ihrer Sättigung geben zu lassen. Den obenstehenden Artikel mit dem daran geknüpften Kommentar hat die Unterkommission für Kriegsgefangene in Spa der französischen Kommission in Form einer Note überreicht. Sie hat gebeten feststellen zu lassen, ob der obengedachte Bericht tatsächlich erlassen wurde, und in diesem Falle erucht, hinsichtlich der Ernährung der deutschen Kriegsgefangenen für Abhilfe zu sorgen.
In der Sitzung der W.-K. in Spa vom 1. III. teilte General Rudant der deutschen Kommission mit, die französische Regierung habe beschloßen zum Studium der Lebensmittelversorgung Deutschlands unter Führung des Herrn Saguenet eine aus 4 bis 5 Personen bestehende französische Mission nach Berlin zu entsenden. v. Hammerstein begrüßte diesen Schritt der französischen Regierung; er hob jedoch Einspruch gegen den Ausdruck der Mitteilung. Die französische Regierung hat beschloßen. Eine Anfrage französischerseits, ob die Entsendung der Kommission genehm sei, hätte der üblichen Form nicht entprochen.

Panjiug über die Zustände in Deutschland.

Sch. Newyork, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Der „Gerard“ meldet: Panjiug sprach beim Bankett zu Ehren Wilsons: Deutscher Bolschewismus und Anarchismus bedrohe die ganze Welt. Nur aus diesem Grunde bleibe Deutschland zunächst vom Völkerbund ausgeschlossen.
Der amerikanische Kriegskredit bewilligt.
W.B. Washington, 2. März. Reiter. Der Senat hat am Samstag früh den Gesetzentwurf über die Kriegsanleihe von 7 Milliarden Dollars nach 20 stündiger Sitzung, die durch die Obstruktion der Republikaner so lange hingezögert wurde, angenommen.

Aus den besetzten deutschen Gebieten.

Der drohende Generalstreik im Elsaß.

Freiburg, 3. März. (Privatteil.) Wie wir zuverlässig hören, haben seit Anfang der vorigen Woche im Oberelsaß schwere Arbeiterkämpfe eingesetzt. Die Forderungen der Arbeiter wurden als unannehmbar bezeichnet. In Mühlhausen, im oberelsässischen Kalreivier etwa 5000. Auch die Metallarbeiter haben mit dem Streik gedroht, falls ihre Forderungen auf Lohnerhöhungen und achtstündige Arbeitszeit nicht bewilligt werden. Die Streiks sind eine Folge der ungeheuer hohen Lebensmittelpreise. Es droht der Generalstreik für das ganze Elsaß. Militärische Verstärkungen sind herangezogen worden.

Die Geschehnisse im Reich.

Preussischer Landespräsident.

Berlin, 3. März. Das Kabinett in Weimar beschäftigte sich gestern, wie einige Morgenblätter melden, auch mit der Präsidentenwahl in Preußen. Es entschied sich angeblich für die Wahl eines preussischen Landespräsidenten.

Die Fraktion der Unabhängigen im preuss. Landtag.

Berlin, 3. März. Die Fraktion der unabh. Sozialdemokraten der verfassungsgebenden preussischen Landesversammlung hat sich heute konstituiert. Zum ersten Vorsitzenden wurde Genosse Adolf Hoffmann, zum 2. Vorsitzenden Genosse Kurt Rosenfeld, zum Schriftführer Genosse Stöder u. zur Kassiererin Genossin Wendien gewählt.

Zur Sozialisierung.

München, 3. März. Die deutsche mehrheitssozialistische Partei hat in der Nationalversammlung in Weimar einen von Auer und Gen. gezeichneten Antrag eingebracht, wonach das Eigentum von allen der zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Bodenflächen allein der Nation zusteht. Weiter wird die Reichsregierung aufgefordert, Bergwerke und die Erzeugung von Energie möglichst beschleunigt der öffentlichen Bewirtschaftung (Sozialisierung) anzuverleihen und dabei Arbeiter und Arbeiterinnen durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) an der Kontrolle der Verwaltung zu beteiligen.

Zur Heimkehr unserer Ostafrikaner.

Die Ostafrikaner in Osnabrück.

Osnabrück, 2. März. Der Sonderzug mit General von Lettow-Vorbeck und seiner Feldbesatzung, sowie vielen Frauen und Kindern, zusammen etwa 400 Personen, lief gestern abend 10.35 Uhr hier ein, von dem zahlreich erschienenen Publikum jubelnd begrüßt. Zu der Begrüßung waren die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden erschienen. Die Begrüßungsansprache hielt General Schöler vom 8. A.-K., General von Lettow-Vorbeck dankte für den überaus herzlichen Empfang und forderte zum Schluß die mit ihm Zurückgekehrten auf, jetzt nicht die Hände in den Schoß zu legen, sondern mitzuhelfen, um Ordnung im Vaterlande zu schaffen. Seine Rede klang in ein dreifaches Hurrah auf das geliebte Vaterland aus.
Sämtliche Kriegsteilnehmer hatten inzwischen das Eiserne Kreuz 1. Klasse erhalten, das ihnen sofort von den anwesenden Damen, die die Bedienung während des Essens übernommen hatten, angeheftet wurde. Dem General von Lettow-Vorbeck wurden 2 prachtvolle Lorbeerkränze überreicht. Um 1.40 Uhr früh legte der Zug unter lebhaften Ovationen der Menge die Reise nach Berlin fort.

Gemeine Anwürfe der Spartakisten.

Berlin, 3. März. (Privatteil.) Zum gestrigen Eintreffen unserer Kolonialkrieger aus Deutsch-Ostafrika bemerkt das Organ der Unabhängigen „Die Freiheit“: „Wir haben gewiß nichts dagegen, daß die tapferen Mitglieder der Schutztruppe herzlich in der Heimat empfangen werden, aber die ganze Art des geistigen Empfanges läßt deutlich die Absicht erkennen, zu Gunsten des Generals von Lettow-Vorbeck eine Agitation zu ganz bestimmten Zwecken einzuleiten. Wir wissen, daß die kaiserlichen Offiziere General von Lettow-Vorbeck als kommenden Mann auf den Schild erhoben haben. Nicht Hindenburg, sondern Lettow-Vorbeck soll an die Spitze der militärischen Gegenrevolution treten.“

Der drohende Berliner Generalstreik.

Berlin, 3. März. Der Spartakusbund fordert in einem Aufruf in der „Roten Fahne“ zum Generalstreik auf. Zum Schluß heißt es:
„Nieder mit Ebert, Scheidemann, Noske! Nieder die Nationalversammlung! Alle Macht den Arbeiterräten! Laßt Euch nicht wieder einwickeln, wenn neue Mittelsmänner kommen und mit dem Ebert-Scheidemann verhandeln und eine Resolution ausgeben mit dem Ebert-Scheidemann. Laßt Euch nicht wieder in die Arme fallen, von keiner Seite, woher sie auch komme, heiße er wie er wolle, heiße er auch ein Unabhängiger. Das, was wir jetzt fordern, darf Euch nicht versprochen werden, es muß geschehen.“

Berlin, 3. März. In Berlin ist die Lage noch ruhig. Auch ist die Stadt, wie ansdrücklich versichert wird, militärisch völlig gesichert. Die in Frage kommenden Stellen haben den Ereignissen mit absoluter Sicherheit entgegen. Nur in wenigen Fabriken arbeiten die Arbeiter heute nicht. Sie sind aber in den Fabriken erschienen und

hatten sich dort auf, wahrscheinlich auf die Mahnung der „Koten Fahne“ hin, die Straße zu Propagandazwecken nicht zu benutzen. Ueber den Generalstreik wurde heute morgen im hiesigen Gewerkschaftshaus verhandelt, doch sind die Ergebnisse noch nicht bekannt.

o Berlin, 3. März. (Privattele.) Die Morgenblätter der Verlage von Ullstein, Wollfe und Scherl sind wieder nicht erschienen; auch heute werden infolge Fortdauer des Streiks keine Zeitungen gedruckt.

In den Unruhen in Mitteldeutschland.

Abbruch des Streiks in der Niederlausitz.
 III. Falkenberg, 2. März. Im Niederlausitzer Kohlengebiet im Kreise Liebenwerda ist die Arbeit reiflos wieder aufgenommen. Die Bergarbeiter dieses Bezirks sind von den Führern der U.S.P. ohne Angabe des Anlasses in den Streik getreten. Die Empörung der Bergarbeiterschaft über dieses Treiben ist groß, da man ihnen den wahren Sachverhalt verschwiegen hat. Einstimmig wurde beschlossen, überall die Arbeit wieder aufzunehmen. (Vorwärts.)

Die Unruhen in Halle.

o Berlin, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Unruhen in Halle haben ihr Ende noch nicht gefunden. Obwohl die Regierungstruppen Verstärkungen erhalten haben, leisten die Unabhängigen und Spartakisten noch bewaffneten Widerstand. Der Führer der Unabhängigen hat sich geweigert mit Generalmajor Merker zu verhandeln. Heute vormittag sind Unterhändler von Halle nach Berlin gefahren, um mit den anständigen Stellen zu verhandeln. Die Hauptforderung besteht darin, daß die Truppen aus Halle zurückgezogen werden. Es handelt sich hier selbstverständlich um ein Verschiebungsmoment der Streifen. Die Regierung will sich darum nicht in Verhandlungen einlassen.

In Leipzig.

III. Leipzig, 2. März. Mittags. Der Arbeiter- und Soldatenrat läßt durch Maueranschläge bekannt machen, daß von 9 Uhr abends an bis 5 Uhr früh kein Bewohner sich außerhalb seiner Wohnung aufhalten darf. Alle öffentlichen Lokale sind um 1/2 Uhr abends zu schließen. Wer nach 9 Uhr abends ohne behördlichen Ausweis auf der Straße angetroffen wird, wird durch die Sicherheitspatrouillen festgenommen. Bei Widerstand wird von der Waffe Gebrauch gemacht. Wie es heißt, sind diese Maßregeln angeordnet worden, um Plünderungen vorzubeugen, da die Stadt nachts ohne jede Beleuchtung ist. Im übrigen herrscht in Leipzig Ruhe. Der Generalstreik der Arbeiter und der Bürgererschaft nimmt seinen Fortgang.

o Leipzig, 3. März. (Privattele.) Der Generalstreik dauert fort. Auch heute erscheint keine einzige Leipziger Zeitung, so daß die große Stadt nun schon den vierten Tag ohne Zeitung ist.

Ausstand in Chemnitz.

III. Chemnitz, 3. März. Die hiesigen Straßenbahnangestellten haben in einer in der letzten Nacht abgehaltenen Versammlung beschlossen, sofort in den Ausstand zu treten, falls ihre Forderungen nach Lohnerhöhung und anderer Dienstverhältnisse von der Direktion nicht erfüllt werden. Der Straßenbahnverkehr ruht seit heute früh.

Die Spartakistenherrschaft im rhein.-weiss. Grubengebiet.

In Essen.

III. Essen, 1. März. Auf der Höhe „König Ludwig“ in Bruch bei Recklinghausen ist die gesamte Belegschaft erneut in den Ausstand getreten. Auf den Höhen „Rathias Stammes I/II“ und „Mathias Stammes III/IV“ streikten bei der heutigen Frühsschicht von der 3000 Mann starken Belegschaft noch 950 Mann, auf der Höhe „Breitengieße Wäldchen“ von 1200 Mann 400. Die Gesamtzahl der Aufständigen belief sich bei der heutigen Frühsschicht auf 2000 Mann.

In Düsseldorf.

III. Düsseldorf, 1. März. Die vergangene Nacht und der heutige Tag sind vollkommen ruhig verlaufen. Heute sind neue starke Truppenenteile hier eingetroffen. Den Oberbefehl in der Stadt hat der Kommandierende des Landes-Hülfenkorps, Generalmajor von Käder, übernommen. Eine Bürgerwehr wird nicht gebildet. Soweit sie in Bildung schon begriffen war, wird sie wieder aufgelöst. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erhält die Stadt dauernd eine zuverlässige Truppe, die aus freiwilligen, gedienten Leuten gebildet wird. Heute wurde ein neuer Arbeiterrat gebildet, der je zur Hälfte aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen besteht. Der Kommandeur des Landes-Hülfenkorps erhielt eine Bekanntmachung, worin alle Zivilpersonen aufgefordert werden, alle aus Heeresbeständen stammenden Waffen samt Munition bis zum 5. März abzugeben.

Die Ereignisse in Bayern.

o München, 3. März. Die Sonntagsausgaben der Münchener Zeitungen werden in Zukunft nicht mehr erscheinen. Die Zeitungs-trägerinnen Münchens beanspruchen die vollständige Durchführung der Sonntagsruhe und die in Betracht kommenden Zeitungen glauben dieser sozialen Forderung willfahren zu müssen.

Prinz Leopold von Bayern gestrichelt.

o München, 3. März. (Privat.) Der frühere Oberbefehlshaber der Offron, Prinz Leopold von Bayern, ist am Samstag mit seiner Familie gestrichelt, weil seine Interaktion als Geisel bevorzogen. Er ist inzwischen auf österreichischem Boden in Route angekommen. Der Erlkönig von Bayern hat sich mit seiner Familie in Kuffstein niedergelassen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

o Hamburg, 1. März. Vier veranstaltete der bekannte Kammerkänger Heinz Henkel einen Wohltätigkeitskonzert im Hotel Atlantic, welcher einen Ueberfluß von 14 730,89 Mk. brachte. Diese Summe wurde Herrn Präsident Riedel von der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger zu Gunsten des Kinderheims in Rothenburg zur Verfügung gestellt.

III. Bern, 1. März. Die Universität in Upsala hat den französischen Hochschulen einen Brief der deutschen Universitäten in Leipzig und Heidelberg mit der Bitte um Wiederaufnahme der Universitätsbeziehungen zwischen Deutschland und den anderen Ländern übermittelt. Die Universität in Bordsaug verweigerte in ihrer Antwort die Wiederaufnahme der Beziehungen mit deutschen Universitäten und littet alle Universitäten der neutralen Länder und besonders Upsala, Nordfrankreich durch Delegationen besuchen zu lassen.

Landestheater im Stadt. Konzerthaus.

o Karlsruhe, 3. März. Die gelungene Aufführung von Nicolais melodiengefüllter, „romantisch-phantastischer“ Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ sah das Karlsruher Konzerthaus nicht so gefüllt, wie die bisherigen Sonntagabend-Vorstellungen. Und doch haben wir es hier mit einem der entzückendsten Werke der deutschen Opernliteratur zu tun, das den Schafspeere-Charakter laudend festhalten verstand und in dem einst die unvergessliche Minnie Hauß desfalls u. jenseits des Ozeans in der Partie der Frau Kluth die größten Triumphe errang. Vielleicht liegt der Grund der hier geringeren Anziehungskraft darin, daß der Wiedergabe des Wertes, so viel Vorreißendes sie im Einzelnen bot, doch die letzte künstlerische Einheitlichkeit fehlte und manches infolgedessen oberflächlich genommen wurde. Vollständliche Kunst aber, wie sie Otto Nicolai hier gelang, darf nicht mit Banalität verwechselt werden.

In der Rolle des Falstaff wirkte Hr. Giesen geistreich durch die Fülle des Organs und darstellerisch durch seine überlebensgroße behäbige Erscheinung. Aber noch ein wenig mehr natürlichen Humors hätte er zeigen sollen. Hr. Ziegler staltete den Kluth mit seinem schönen Organ anerkenntniserwert aus. Der Reich des Hrn. Sage-

Deutsch-Oesterreich.

Zum tschechisch-deutschen Zwischenfall.

III. Wien, 3. März. Nach einer Meldung des Wiener Corr. Büros aus Prag erschienen zwei Geheimpolizisten in der Wohnung und dann in den Büros des deutsch-österreich. Bevollmächtigten, Legationsrates Marek, mit dem Auftrage, seine private und dienstliche Korrespondenz zu durchsuchen. Sie stellten fest, daß im Amte nur rein wirtschaftliche Verhandlungen gepflogen wurden. Auf die Frage, in welcher Verbindung er mit dem deutschen Botschaftsrat Schwarz stehe, da bei diesem eine Visitenkarte Mareks gefunden worden sei, erklärte letzterer, daß ein Diener die Karte in Erwiderung eines Besuchs dorthin gebracht habe. Das deutsch-österreich. Staatsamt des Auswärtigen erlucht in Prag um Aufklärung über die Belegung der Exterritorialität seines Bevollmächtigten.

III. Berlin, 1. März. Zu der aus Prag gemeldeten Verhaftung des deutschen Generalkonsuls Dr. Schwarz und eines deutschen Konsulartouriers erfahren wir von amtlicher Stelle, daß der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Graf von Brockdorff-Rantzau, eine strenge Untersuchung der Angelegenheit angeordnet hat und daß gegen diejenigen Personen, deren Schuld erwiesen wird, mit unumschließlicher Strenge vorgegangen werden wird.

III. Berlin, 2. März. Das Ergebnis der Untersuchung in der Angelegenheit des Botschaftsrats Schwarz vom deutschen Konsulat in Prag läßt bereits jetzt erkennen, daß die Presse verschiedener Länder Handlungen nachgeordneter Stellen aus das Auswärtige Amt abzuschreiben sucht. Die Untersuchung nimmt ihren Fortgang. Der bisherige Stand der Angelegenheit läßt erwarten, daß voraussichtlich in den Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem tschechoslowakischen Staat eine Veränderung nicht eintreten wird.

Aus Spanien.

Zur Lage im Innern.

III. Madrid, 1. März. Reuter. Ministerpräsident Romanones erklärte, daß die Proteste der Bevölkerung gegen die Lebensmittelhändler einen Umfang angenommen hätten, der es notwendig mache, ernstliche Vorkehrungsmassregeln zu treffen.

III. Madrid, 3. März. Ag. Hav. Die Stadt ist ruhig. In den Straßen gehen Patrouillen. Es wurden über 200 Verhaftungen vorgenommen. Bis jetzt sind 200 Verwundete gezählt, darunter 12 Polikisten.

III. Madrid, 3. März. Ag. Hav. Die Regierung hat von den Bäckereien Befreiung ergriffen. Sie will, die Lohnstreikigkeiten beendigt sind, den Lohn an die Arbeiter selbst bezahlen.

Die Dinge in Ostasien.

Veröffentlichung der sinesisch-japanischen Geheimverträge.

III. Tokio, 28. Febr. Habas. Die sinesisch-japanischen Verträge, d. h. der Pekingvertrag vom 25. Mai 1915, das Abkommen vom 24. Dezember 1918, sind der Friedenskonferenz vorgelegt worden. Der Pekingvertrag enthält die Anerkennung des zwischen Japan und Ostasien hinsichtlich Sapanung getroffenen Abkommens durch China. Sollte China den Bau einer Eisenbahnlinie als Vorbedingung der Linie Lungen-Kiautschou-Finan unternehmen und sollte Deutschland auf das Recht verzichten, das Kapital für die Linie Tschiang-Tsienjin zu stellen, so habe China mit japanischen Kapitalisten zu verhandeln. Wenn bei Kriegsende Japan das Recht haben sollte, frei über die Stadt von Kiautschou zu verfügen, würde es dieses Gebiet an China zurückgeben, unter der Bedingung, daß der Hafen von Kiautschou dem freien Handel ganz geöffnet wird. Eine japanische Kolonie und nach Wunsch der Mächte auch eine internationale Kolonie soll dort gestaltet werden.

Durch das Abkommen vom 24. September 1915 schlägt Japan vor, seine Truppen aus Schantung zurückzuziehen und nur eine Abteilung in Tsinan zurückzulassen und seine Truppen in Singtau zu konzentrieren. Außer der Regelung der Eigentumsfrage der den Deutschen gehörende Bahnlinie wird auch die Linie Tsinan-Finan sinesisch-japanisches Unternehmen. Es werde auch zwischen China und Japan vereinbart, daß die japanischen Kapitalisten zu einer Anteilnahme am Bau der Linie Tsinan-Summi und Amant-Summi sowie zum Bau von drei Linien in der Wambshurei herangezogen werden.

Die Fahrt des Marineluftschiffes „L. 59“ nach Afrika.

o Karlsruhe, 3. März. In diesen Tagen, in denen ganz Deutschland den tapferen, unbesiegbaren Verteidiger Ostafrikas, General von Lettow-Vorbeck und seine Heldentaten in der Heimat willkommen heißt, dürfte es interessieren, näheres über die Fahrt des Marineluftschiffes „L. 59“ zu hören, das der Schutztruppe in Ostafrika im November 1917 Munition, Arzneimittel sowie einige Personalverpflichtung bringen sollte, wegen der nachgerade eintriefenden Nachrichten über hoffnungslos militärischen Lage im Schutzgebiet jedoch zurückgerufen wurde, als es auf der Höhe von Chartum in Oberägypten land.

Unter Führung des Kapitänsleutnants Rodbold (Hr. „L. 59“ am 21. November morgens in Jambou bei Burgas (Bulgarien) mit einer Besatzung von 22 Köpfen auf. Die Fahrt ging über Arianspel und Smyrna, das bei Dunkelheit passiert wurde, nach der Ostküste Afrikas. Die Insel wurde gegen 10 Uhr abends erreicht. Am 22. November, 5 Uhr morgens, überfuhr das Schiff die afrikanische Küste östlich von Solom und nahm Kurs auf die Gase Karabala. Dabei herrschten in 1000 Metern Höhe derartige Vertikalkühen, daß bei mehreren Leuten Seekrankheitserscheinungen auftraten. Es wurde dann bis 9.30 Uhr

abends der Nil angeflutet. Die Navigierung durch die Wüste erfolgte bei Tag und Nacht nach den Gezeiten, ebenso wie bei Schiffen auf hoher See. Nachmittags war infolge Bruchs eines Wasserdampfboilers der vordere Motor vollkommen ausgefallen. Der Schaden wurde jedoch mit den Hilfsmitteln des Luftschiffes wieder beseitigt. Mit Gerichten des Mittags lag bei frischer merkwürdiger Konsum, feuchtem Nordostwind und düstiger schwüler Luft, die Außentemperatur sank bis auf 25 Grad Celsius. In dieser Zeit fiel — wohl infolge der Höhe über dem Mittel — das in 950 Meter Höhe fliegende Schiff plötzlich stark durch und konnte nur durch Abwurf von Wasser und Transportmunition zum Stehen gebracht werden, jedoch noch eben die Gefahr eines Abstügens auf eine Bergspitze vermeiden wurde.

Etwa in diesem Augenblick erreichte das Schiff der Besatzung die Küste, die es um 2.50 Uhr, nachmittags am 22. November, antrat. Wie schwer mag dem Kommandanten die Ausführung dieses Beschlusses geworden sein, nachdem der Anfang der Fahrt so glatt verliefen war, daß er die feste Überzeugung hatte, seine Aufgabe in 4 Tagen ohne Störung lösen zu können. Benzin- und Wasserkräfte waren reichlich vorhanden. Das Personal hätte trotz großer Anstrengungen ohne Bedenken noch 2 Tage weiter durchhalten können. Die Verpflegung bestand aus Kalorienkuchen, Dorschfischen und Pauerfleisch mit Frischrot und Butter. Als Schlafgelegenheit dienten Kojenmatten. Eine wirkliche Ruhe war indessen nicht möglich, da die Ebendrähte und die klappernde Außenhülle dauernd hörten. Nach 4 Stunden wurde in der Wüste befohlen die Leute, die Seiten- und Köpferleuchte bedienten, ein starkes Flimmern der Augen und Kopfschmerz. Es wurde Wache gegangen, wie auf Kriegsschiffen, 4 um 4 Stunden.

Auf der Rückfahrt bei der am 24. um 3 Uhr nachmittags die afrikanische Küste bei Solom überschritten wurde, herrschte in dem Luftschiff eine dauernde Treibhausstemperatur von + 28 Grad Celsius, die in der Nacht auf — 10 Grad Celsius fiel, so daß viele Leute bei der Landung stark erkältet waren und Fiebererscheinungen hatten. Während der Fahrt und noch am Tage der Rückkehr war die Stimmung der Besatzung sehr gehoben. Am Tage darauf trat jedoch ein Rückschlag ein, als Folge der langen Verrennspannung während der Fahrt und der Enttäuschung, unmittelbar vor Erfüllung der Aufgabe und nach Überwindung der Hauptwierigkeiten, unerwarteter Dinge umkehren zu müssen. Der Wädhog über Kleinasiens brachte noch heftige Kämpfe mit böigen Bergwinden, bis am 25. November um 7.30 Uhr morgens die Landung in Jambou erfolgen konnte.

„L. 59“ hatte im ganzen 6755 Kilometer, d. h. mehr als die Luft zum beabsichtigten Landeplatz in Ostafrika in Rechnung gestellte Strecke in 65 Stunden zurückgelegt und verfügte bei der Landung noch über einen Betriebsvorrat für 2 1/2 Tage. Aller Wahrscheinlichkeit nach wäre das Luftschiff, wenn nicht außerordentliche Ereignisse die Abfertigung veranlaßt hätten nach 4 Fortsetzungen in der Kolonie angekommen. Würde das Ziel auch nicht erreicht, so legte die Fahrt doch erneut Zeugnis ab von dem Wagemut und der Tüchtigkeit unserer Luftschiffbesatzungen und den glänzenden, bisher von keinem anderen Volk erreichten Leistungen unserer Luftschiffe.

Der Verkehr mit Brennholz.

o Karlsruhe, 3. März. Salsamilia wird gefürchtet. Die durch die Verordnung des Ministeriums für Ernährungsangelegenheiten vom 14. Februar 1919 und die Höchstpreisbekanntmachung vom gleichen Tage neu erlassenen Bestimmungen über den Brennholzverkehr und die Brennholzpreisbegrenzung haben eine wesentliche Veränderung des bisherigen Verkehrs über die Brennholzhandelsverhältnisse gebracht. Im Hinblick auf die gespannte und unsichere Lage auf dem Kohlenmarkt und die gesteigerte Nachfrage nach Brennholz vorzugsweise durch die Industrie war es leider nicht möglich, schon jetzt mit dem Abbau der bestehenden Vorräte zu beginnen, wie auch die Nacharbeiten Württemberg und Baden keine Erleichterung im freien Verkehr haben eintreten lassen.

Was die neuesten Höchstpreise anbelangt, so wurde trotz der erheblich gesteigerten Erzeugerlöhne im Interesse der Verbraucher von einer allgemeinen Preiserhöhung abgesehen, dagegen eine mehr dem wirklichen Wertverhältnis entsprechende Preisabstufung nach Holzsorten eingeführt. Die Preise in Baden sind ganz erheblich niedriger als in den Bundesstaaten, wo der freie Verkauf (Versteigerung) zugelassen ist.

Auch nach den neuesten Vorschriften ist der freie Handel mit Brennholz wie bisher sowohl für die Waldbesitzer als auch für die Händler verboten. Die Waldbesitzer haben ihr Brennholz innerhalb 14 Tagen nach der Fertigstellung beim Forstamt anzumelden, das im Benehmen mit der Landesbrennholzstelle die Zuweisung an die Gemeinden unmittelbar oder durch Vermittlung von Händlern vornimmt. Die Gemeinden haben für die weitere Verteilung des Holzes an die Verbraucher Sorge zu tragen. Bei eintretendem Bedarf wenden sich die Haushaltungen zunächst an die Ortsgemeinde und diese sich an die zuständigen Behörden an das zuständige Forstamt, das, falls das Holz nicht aus dem eigenen Bezirk geliefert werden kann, die Verteilung durch die Landesbrennholzstelle vermitteln wird.

Im Rahmen der getroffenen Regelung wird den Bedürfnissen des Handels in weitgehendem Maße Rechnung getragen. Die Händler erhalten geeignetes Holz zugewiesen und haben es mit bestimmten Handelszwecken nach den Bestimmungen der Landesbrennholzstelle weiterzuverkaufen. Weiter können die Händler auch in der Weise herbeischaffen werden, daß ihnen die Gemeinden den Kleinvertrieb des zugewiesenen Holzes innerhalb der Bedarfsgemeinden übertragen, wovon die Bürgermeisterämter geeignetenfalls ausgebürgerten Gebrauch machen werden.

Die Ausnahme von Brennholz aus Baden muß angeht die dringenderen Versorgung des eigenen Landes vorerst verboten bleiben und kann nur ausnahmsweise in besonderen Fällen gestattet werden.

Rameau, von denen die Klossche Elegie durch ihren klaren, gefühlvollen warmen Ton, mit der sie gespielt wurde, besonderes Interesse erweckte. Der Fikst, Herr Otto Kirschberger zeigte sich durch die Wiedergabe des herrlichen Mozartischen „Ave verum“, sowie in zwei kleineren Stücken von Tschal und Graf als Meister seines Instrumentes. Mit dem gewaltigen Schlußchor „Groß ist der Herr“ von Ringelhanzen fand die am gemütshebenden Eindrücken reiche Veranstaltung ihren Abschluß.

Vermischtes.

III. Frankfurt a. M., 28. Febr. (Meldung des Wagner Bureau.) Vom Kommandeur des Abtates 4 der neutralen Zone wird folgendes mitgeteilt: Am Dienstag abend wurden französische Soldaten, die beim hiesigen Verbindungsoffizier sind, auf der Kaiserstraße von einem Zivilisten mit Schimpfenden verolgt und mit Unflätheiten bedroht. Leider veräuerte die Polizeiwache, trotz Auforderung durch die Beteiligten, den Schuldigen dingfest zu machen. Das heftigste Benehmen, an sich eines deutschen Mannes unwürdig, ist um so härter zu verurteilen, als die für Frankfurt so wichtigen Beziehungen zu den Okkupationsbehörden durch derartige unverantwortliche Ausföhrungen in schwerer Weise gefährdet werden. In der Tat hat der französische Oberbefehlshaber bereits Einspruch erhoben.

III. Oepeln, 2. März. Im Gräflisch Frankensberäckeren Front bei Lillowitz in der Nähe von Oepeln wurden die beiden Gräflischen Förster Verlaah und Pasche von Wilderern erschossen.

III. Rasthof, 2. März. Bei den Unfruchtungsarbeiten nach dem Brande der Wahlmühle von Doms in Lufaline wurden bis Freitag mittag 12 Reichen geboren, wovon 11 identifiziert werden konnten.

o Basel, 3. März. (Privattele.) „Secolo“ meldet: In verschiedenen hispanischen Orten haben sich Erdstöße ereignet. 165 Bauernhäuser sind verksühtet worden. Die Weinberge in St. Patti wurden zerstört. Die Eisenbahnlinie zwischen Pisa und Palermo ist unterbrochen.

der genügte daneben nicht. Ein hübscher, feiner Tenor von stimmlich schönem Reiz wurde von Hrn. Neugebauer auf die Bühne gestellt. Der gut gesungene Zunder Spärlch des Hrn. Kallbach und der Doktor Cajus des Hrn. Handl vertrugen noch ein wenig mehr Komik, die dabei immer noch nicht ins Rollenhafte umzufallen braucht. Frau v. Ernst sang die sechliche Frau Kluth mit all ihrer klaren Technik, Frau Wollschönlich die Frau Reich mit fast jugendlichem Uebermut, Hr. Friedrich hätte die Jungfer Anna ruhig noch etwas wämer haken können. Dies und auch die wenig romantisch gestaltete Offenlage sollten von der Regie bedacht werden. Das Orchester unter Hrn. Lorenz spielte die frischen Weisen mit viel Temperament. Manchmal mit gar zu viel.

o Karlsruhe, 3. März. Vom Konzerthaus wird uns geschrieben: Als nächste Schauspiel-Eraufführung reht am Samstag, den 8. März, August Strindbergs dreiaktiges Märchenpiel, „Schwarzwelch“ im hiesigen Konzerthaus in Szene.

Vollständliches Kirchenkonzert.

o Karlsruhe, 3. März. Zu dem am gestrigen Sonntag nachmittag vom Verein für evang. Kirchenmusik unter Leitung seines bewährten Chormeyers, Musikdirektor Max Thiede, in der evang. Stadtkirche veranstalteten kirchlich-vollständlichen Freikonzert fand sich eine außergewöhnlich zahlreiche Zuhörerschaft zusammen, um eine Stunde ernster und gebiegender Musikvortrüge zu genießen. Als stimmungsvolle Einleitung spielte Herr Organist Kindernecht ein J. S. Bach'sches Präludium C-Dur, und später ein Adagio von E. F. Richter. Er zeigte sich sowohl als Organist als auch in den Begleitungen auf alter Höhe. Der Chor war seiner Aufgabe voll gemäßen. Die a capella-Liedchen von Stiller, J. W. Franz, Ferd. Hiller und Runenhausen wurden in vollendeter Weise wiedergegeben.

Die Sängerin, Fräulein Hilda Stern von hier, die erstmals vor die Öffentlichkeit trat, befiht einen klaren, gutgebildeten und besonders in den tieferen Lagen schon ansprechenden Alt, den sie in ihren Gesängen von Gaendel, R. Franz und Ferd. Hiller vollkommen dienstbar zu machen verstand. Der Chormeister Max Thiede, der sich auch als Solist hervorragend künstlerisch betätigte, spielte auf der Bratsche zwei Stücke: „Elegie von Friedr. Klose und „Gavotte“ von

Badische Chronik.

Karlsruhe, 3. März. Der Landesverband der Vereinigung aller Unteroffiziere Badens (14. U.-V.) bittet uns um Aufnahme nachstehender Erklärung: Gegen die Bemerkung des Reichsministers...

Freiburg, 3. März. Seit geraumer Zeit treffen hier nahezu täglich Ausgewiesene aus dem Oberelsaß ein. Jeder Ausgewiesene...

Rottweil, 3. März. Das dritte Flugzeug für die fliegende Fliegerbrigade ist Samstag vormittag auf dem Flugplatz glatt gelandet. Es kam von Freiburg. Sein Führer war Biegefeldt Kapitän (Karlsruhe), Beobachter Oberleutnant Bäumer. Es handelt sich um ein Flugzeug vom Typ Salberstädter.

Rottweil, 3. März. In Hülzingen wurde ein Geldschmuggler verhaftet. Es handelt sich um einen angehenden Schneidermeister aus Hülzingen, der mit 75 600 M. in Wertpapieren und 1400 M. in Bargeld die Schweiz zu erreichen suchte. Dabei fiel er dem Grenzschutz in die Hände.

Zu den Vorgängen in Mannheim.

Mannheim, 2. März. Wie aus dem Anschlag in Ludwigsbad zu entnehmen war, ist die Sperrung der Rheinbrücke angebrochen und die Anrührer in Mannheim zurückzuführen. Da nun in Mannheim alles wieder ruhig ist, hat Oberbürgermeister Käber...

Mannheim, 3. März. An unterrichteter Stelle erfährt man, daß der bei dem Busch am Samstag vor acht Tagen angerichtete Schießstand sich auf über eine Million Mark beziffert. Ein Teil der vorerwähnten Aktien ist überhaupt unerlässlich und wird zu neuen langwierigen Prozessen führen. Besonders schlimm ist, daß die Aktien des Vermögensgerichts vernichtet sind.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 3. März. Der neue Amtsvorstand von Karlsruhe. Wie wir hören, ist der Geheimen Regierungsrat Hebling, bisher Amtsvorstand in Mülheim, als Amtsvorstand nach Karlsruhe versetzt worden. Gehemrat Heinrich Hebling ist im Jahre 1865 in Mosbach geboren, wurde 1889 Rechtspraktikant, 1892 Referendar und 1896 Amtmann in Baden. Von 1899 ab war er als Oberamtmann Amtsvorstand in Schönau bis zu seiner Versetzung als II. Beamter beim Bezirksamt Heidelberg im Jahre 1902. In Heidelberg verblieb Hebling fünf Jahre und im Jahre 1907 erfolgte seine Ernennung zum Amtsvorstand in Mülheim. zwölf Jahre hatte er dort nun den Posten eines Amtsvorstandes und erzeute sich überall großer Achtung und Wertschätzung.

Veränderungen im 14. Armekorps. Durch kriegsm. Verfügung vom 26. Febr. ist der bisherige Chef des Generalstabes des 14. A.-K. Major Cudomins in das Flüßliertreg. Nr. 33 versetzt und seine Stelle tritt Oberstleutnant Föhrenbach. Der neue Chef des Stabes ist Oberstleutnant Föhrenbach. Zu Beginn des Krieges im Generalstab der 14. A.-K. fand er während des Krieges im Generalstab des 14. A.-K. und zuletzt als Leiter des Generalstabes Sedan Verwendung. Zwischen März und April hatte er das Flüßliertreg. Nr. 40 und ein Feld.-Art.-Regiment geführt. Oberstleutnant Föhrenbach ist aus der Artillerie hervorgegangen.

Bestand nach der Schweiz. Von einem Vertreter der französischen Schiffahrtskommission in Straßburg wurde in obiger Angelegenheit dieser Tage die Erklärung abgegeben, daß der Verkehr nach...

Turnen, Spiel und Sport.

Freiburg, 3. März. Unter dem Vorsitz des Herrn Grafen Rissard fand am letzten Freitag nachmittags die Generalversammlung des Freiburger Turnvereins statt. Der 1. Vorsitzende widmete zunächst Rede dem verstorbenen Herrn Privat Debus und dem auf dem Wege der Ehre gebliebenen Herrn Hauptmann Spangenberg. Der 2. Vorsitzende, Herr Stadtrat Mühlberger, berichtete dann über den Zeitpunkt der Tagesordnung: Beschlußfassung über Auflösung des Vereins und über die Verwendung des Vereinsvermögens. Nach einer kurzen Aussprache wurde der Vorstoß des Vorstehers abgelehnt. Der Vorstandmitglied Herr Schenker widmete dann den zurücktretenden 1. Vorsitzenden den Dank und die Anerkennung des Vereins. Die Bewilligung des Gesamtvermögens hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Herr Graf Rissard, 2. Vorsitzender Herr Brauer, Schriftführer Herr Brauer, Kassier Herr Brauer, Rechnung Herr Brauer.

Gründung eines Stadt-Ausschusses Karlsruhe für Körperpflege und Jugendberziehung.

Karlsruhe, 3. März. Zu einer machtvollen, imposanten Kundgebung für die Verbreitung des Gedankens der Turn-, Spiel-, Wandersport- und der Jugendbewegung gestaltete sich die auf Samstag vormittag, 1/10 Uhr, vom Arbeiterausschuß des „Badischen Landes-Ausschusses für Körperpflege und Jugendberziehung“ in dem Saal des „Bismarcksaal“ einberufene Versammlung zur Gründung eines Stadt-Ausschusses für Körperpflege und Jugendberziehung. Es waren hierzu Einladungen an 150 Stadterwerbungen die Hoch-, Volks- und Mittelschulen sowie an eine große Anzahl Einzelpersonen ergangen. Erschienen waren unter anderem der Referent für Gesundheitspflege im Kultus-Referat von der Badischen Turnlehrerbildungsanstalt, Bürgermeister Dr. Klein, die Stadträte Bonning und Jünger als Vertreter der Stadt Karlsruhe, ferner als Vertreter der Karlsruher Arbeitervereine Stadtschulrat Dürr und Turninspektor Stehlin, sowie Herr Dr. Paulke für die Lehrn. Hochschule Karlsruhe und Major Dr. Professor Gilbert Fuchs, der Vorsitzende des „Arbeits-Ausschusses“ für die Anwesenenden herzlich willkommen und kam sodann in ausführlicher Weise auf die Beweggründe zu sprechen, welche zum Zusammentritt des „Badischen Landesstages für Körperpflege und Jugendberziehung“ geführt haben. Schon lange sei es das Streben...

der Schweiz via Kehl bis auf weiteres gesperrt bleiben müsse. Verbindungen via Straßburg können vorgenommen werden, jedoch sei Anmeldung der Transporte zuvor von Fall zu Fall erforderlich.

Die Freireligiöse Gemeinde veranstaltet am Dienstag, den 4. März, abends 7 1/2 Uhr im großen Rathssaal einen Vortragsabend, bei dem Professor Arthur Drews über das Thema „Warum sind wir keine Christen?“ sprechen wird.

Die Passionsspiele im großen Saal der Festhalle hatten gestern ein zahlreiches Publikum angelockt, das mit Interesse den Vorgängen auf der Bühne folgte. Diese Passionsspiele, die sich an die weltbekanntesten Oberammergauer Veranstaltungen anlehnen, sind für Karlsruhe ja nicht neu; wir haben sie vor einigen Jahren auch schon an dieser Stelle besprochen, dennoch seien ihnen nachstehend noch ein paar Worte gewidmet, da es sich hier um eine Sache handelt, die der Unterstützung ohne Zweifel wert ist. Das Passionspiel setzt mit einer malerischen, farbenprächtigen Maskenszene ein: dem Einzug Jesu in Jerusalem. Zu den beiden Seitenzügen strömt eine duntelbewegte Volksmenge herein und gruppiert sich auf dem weiten Vorraum und der Treppe. Unter dem Chorgesang „Heil Dir o David Sohn“ zieht Jesus segnend an den Volkscharen vorüber. Gewaltig rauscht der Volksjubel durch den Saal. Es folgt die künstlerisch herrliche Szene: Die Überredung Judas durch den Hohen Rat. Judas' Fall wird menschlich nahegerückt. Man blickt in Judas' sich verdüsterte Seele, die zu dem jähwärtigen Verrat an seinem Meister fähig wird. Der Abendmahlsaal tut sich auf. Jesus hält Abschied vor seinem Todesgang mit seinen Jüngern. Der Hohen Rat beschließt Jesu Gefangenschaft. Es folgt die Nebenszene und Gefangennahme. Das Sprechstück beschließt Jesu Tod. Im Anschluß an das Neue Testament reihen sich die weiteren Szenen an. Die letzte Verhandlung vor Pilatus gibt wieder Gelegenheit, große Volkscharen auf die Bühne zu bringen. Ergreifend wirkt Christi Gang zur Schändelstätte mit seinem zweimaligen Fall und seine Begegnung mit Maria. Es folgt die Anmalung und Kreuzerhöhung. Der Tod senkt sich hernieder. Umgeben von der kleinen Schar der Getreuen, inmitten der spottenden Volksmenge stirbt Christus. Es schließt sich die Kreuzabnahme und die Grablegung an. Die gloriöse Auferstehung beschließt das Passionspiel, dem der Artzt der Oberammergauer Aufführung zu Grunde gelegt ist. Eingetrent sind Chöre, sowie weibliche Solosänger, die den tiefen Eindruck des Stückes noch erhöhen. Die Darstellung liegt in guten Händen; den Christus noch erhöhen. Die Darstellung liegt in guten Händen; den Christus noch erhöhen. Die Darstellung liegt in guten Händen; den Christus noch erhöhen.

Konzertabend. Violinvirtuose Duci von Kerejarts wird am 6. März im Eintratsaal ein zweites Konzert veranstalten. (Siehe Inserat.)

Aussstellung. Im Saal des Hotels „Germania“ befindet sich zurzeit eine Ausstellung, die erfreulicherweise den wirtlichen Ausstellungscharakter ganz abgibt. Man glaubt in dem großen Wohn- und Empfangsraum einer vornehmen Familie zu weilen, zu dessen Ausstattung verschiedene Geschlechter beigeleitet und Spüren ihres Lebens und ihrer Liebesbegeisterung darin hinterlassen haben. Möbel der Barockzeit, gedachte Möbel mit stillichem Porzellan, Schränke mit Inn- und Außenfronten, Leinwandmalerei und vielerlei Kleinigkeiten aus dem 17. und 18. Jahrhundert, ferner aus dem 19. Jahrhundert, bilden ein Bildnis des Wohlstandes und der Kultur der Vergangenheit. Der Sammeltrieb eines einzelnen hat all diese wertvollen Stücke zusammengebracht, von jedem geht ein Hauch von Liebe und bewundernder Verehrung aus — und fast erfüllt es den Besucher mit Wehmüt, daß alle diese Zeugen einer reinen und gepflegten Gemütskultur bald in alle Winde verstreut und unter der Letztung der Firma Müller und Gräß in diesen Tagen veräußert werden sollen. Mögen die vielen hübschen und wertvollen Stücke wenigstens wieder in die Hände von „Liebhabern“ gelangen, die ihren Wert zu schätzen wissen.

Mitteilungen aus der Karlsruher Stadtratssitzung vom 27. Februar 1919.

Ernung. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet der Oberbürgermeister dem am 21. des. verstorbenen Mitglied des Stadtrates, Fabrikanten Otto Müller, Teichhaber der Karlsruher Parfümerie- und Toilette-Seifenfabrik H. Wolf u. Sohn, einen ehrenvollen Nachruf. Er hebt dabei neben der hervorragenden kaufmännischen Begabung, Sauberkeit und Tüchtigkeit des Entschlafenen, die in hohem Maße zu der mächtigen Entwicklung der industriellen Unternehmung der Firma beigetragen haben, die langjährigen, vielseitigen und wertvollen Dienste hervor, die der Verewigte der Stadt Karlsruhe als Stadterordneter, Obmann des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadterordneten, sowie als Stadtrat und Mitglied städtischer Kommissionen geleistet hat, und für die ihm Stadterhaltung und Bürgerpflicht zu bleibendem Dank verpflichtet sind. Zum Zeichen der Zustimmung erheben sich die Mitglieder des Stadtrats von den Säulen. An der Spitze des Verstorbenen wurde ein Vorbertrag namens der Stadtergemeinde niedergelegt. Die Mitglieder des Stadtrats und des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadterordneten beteiligten sich an der Beisetzungsfeier. Der Stadtrat beschließt, das Bildnis des Entschlafenen der diesjährigen Stadtratschronik einzufügen. Lehrerinnen-Erholungsheim. Für den Bau und Betrieb eines zweiten Erholungsheims des Vereins badischer Lehrerinnen in Schönau...

rau im Weiental wird ein Zuschuß von 600 M. in den Entwurf des diesjährigen Gemeindevoranschlags eingestellt.

Vom städtischen Krankenhaus.

Karlsruhe, 3. März. Der Voranschlag des städtischen Krankenhauses für das Jahr 1919 sieht neben dem Nettwert des Anwehens von 233 850 M. einen Zuschuß der Stadtkasse von 586 333 M., gegen 289 410 M. im Jahre 1918 vor. Im diesen hohen Zuschuß ermäßigten, beschloß der Stadtrat auf Antrag der Krankenhauskommission vom 1. März ds. J. an zu den für das städtische Krankenhaus festgesetzten Grundgebühren, die bereits im Vorjahr um 20 vom Hundert erhöht worden sind, ein weiterer Zuschlag von 33 vom Hundert zu lassen. Die Grundgebühren erfahren dadurch einen Aufschlag von 60 vom Hundert, wodurch sich der Zuschuß auf 417 764 M. ermäßigten wird. Der Stadtrat genehmigt den Antrag.

Weiter wurde durch den Stadtrat nach Anhörung der Krankenhauskommission beschlossen, für Untersuchungen in der bakteriologischen Untersuchungsstelle (Prosektur) des städtischen Krankenhauses von Krankenhäusern, Ärzten der Stadt und von Privaten eine Gebühr von 2 M. in jedem einzelnen Falle zu erheben.

Die Landesversicherungsanstalt Baden teilt mit, daß die deutsche Landesversicherungsanstalt sich an der Befähigung der Geschlechtskrankheiten durch Errichtung von Beratungsstellen beteiligt haben. Die Fürsorge dieser Beratungsstellen erstreckt sich auf: a) die von der Landesversicherungsanstalt namhaft gemachten Personen, b) die bei der Landesversicherungsanstalt oder der Reichsversicherungsanstalt versicherten Personen, gleichviel ob sie gegen Krankheit versichert sind oder nicht, c) diejenigen, welche den nach der Reichsversicherungsordnung versicherten Personen sozial nahesteht, d) die Familienangehörigen der unter a bis c genannten, einerlei ob sie in der Krankenkasse sich befinden oder nicht.

In dieser Beratungsstelle soll zunächst allen Kranken aus diesem Personenkreis unentgeltlich Beratung erteilt werden. Die Beratungsstelle sorgt dafür, daß die Kranken der erforderlichen Behandlung zugeführt werden, sie übernimmt die Überwachung der Kranken daraufhin, daß sie in der Behandlung, solange es nötig ist, verbleiben und daß auch späterhin unentgeltliche ärztliche Beratung wieder stattfindet, um im Falle der Wiederholung der Krankheit die notwendige weitere Behandlung zu veranlassen. Die Landesversicherungsanstalt hat in Baden 4 solcher Beratungsstellen errichtet, darunter eine in Karlsruhe.

Aus Karlsruhe ist angeregt worden, die Beratungsstelle ähnlich wie anderwärts, in das städtische Krankenhaus zu verlegen und zu diesem Zweck daselbst eine entsprechende Fachabteilung einzurichten, deren Leiter auch die Leitung der Überwachung der Kranken hätte. Die Landesversicherungsanstalt bietet der Errichtung einer solchen Fachabteilung in Verbindung mit der Beratungsstelle nähere Mitteilungen. Die Direktion des städtischen Krankenhauses hält nach Mitteilung in der letzten Stadtratssitzung für notwendig, im Krankenhaus eine Abteilung für Geschlechtskrankheiten unter Leitung eines Facharztes einzurichten, weil die Zahl der Geschlechtskranken hier ganz erheblich zugenommen habe. Die Abteilung soll unter Oberaufsicht des Oberarztes der medizinischen Abteilung, von einem Facharzt, geleitet werden, der auch die Beratungsstelle der Landesversicherungsanstalt übernehmen soll. Als solcher Facharzt schlägt die Krankenhausbildung Dr. med. von Besold hier vor. Der Stadtrat genehmigte diese Vorschläge.

Auszug aus den Ständebüchern Karlsruhe. Ehepaare. 1. März: David Feil von Turmerheim, Fabrikarbeiter hier, mit Maria Schreiner von Hülzingen; Johann Scheil von Mannheim, Reichsbreiter in Mannheim-Badhof, mit Silda Kern von hier; Hermann Biesdorf von hier, Kassierer in Hülzingen, mit Mararetha Seeger von hier; Karl Seeger von Hülzingen, Finanzmann in Stuttgart-Ganstadt, mit Elisabeth Seher von hier; Ga. Schoder von Herrnsimmern, Schuhmann hier, mit Sabette Weigand von Cronberg.

Luftwärme in Karlsruhe. 2. März, mitt. 2,26 Uhr, 8,0 Grad; 2. März, nachts 9,26 Uhr, 5,4 Grad; 3. März, morg. 7,26 Uhr, 6,2 Grad. Höchste Temperatur am 2. März 8,2 Grad; niedrigste in den darauffolgenden Nacht 4,4 Grad.

Wasserstand des Rheins. Schutterinsel, 3. März, morg. 6 Uhr, 1,55 m (1. März 1,82 m). Kehl, 3. März, morg. 6 Uhr, 2,65 m (1. März 2,90 m). Maxau, 3. März, morg. 6 Uhr, 4,59 m (1. März 4,90 m). Mannheim, 3. März, morg. 6 Uhr, 4,00 m (1. März 4,41 m).

NIPALA Flecken-Wasser

ges. gesch. zur raschen und spurlosen Beseitigung von fettigen, öligen, harzigen etc. Flecken, sowie zur Instandsetzung und Auffrischung im Gebrauch beschmutzter Kleidung. — Flasche Mk. 2.— in allen Drogerien und einschlägigen Geschäften. Falls nicht vorrätig, direkt franko gegen Einsendung von Mk. 2,35 durch

Chemische und Pharmazeutische Werk: Mayer-Alpin, Frankfurt a. M.

bezu. in der Bildung begriffen sind, wurde in eine Aussprache eingetreten.

Die ausgedehnte Aussprache, in der die Vertreter der verschiedenen Turn-, Sport-, Spiel-, Wandersport- und sonstigen Jugendvereine zu Worte kamen, ergab im allgemeinen die vollste Einmütigkeit bei den gestellten Zielen. Ohne Unterschied von Partei und Beruf war man sich einig über die Bedeutung der Pflege der Leibesübungen und Jugendberziehung gerade in heutiger Zeit, wo unsere Volkstracht so schwer darniederliegt. Als Vertreter der Regierung dankte Herr Geh. Reg. Rat Kunze für die Einladung und erklärte im Namen der Reichsverwaltung, daß mit dem Herrn Minister sämtliche Mitglieder des Ministeriums freudig die Gründung des „Badischen Landesstages für Körperpflege und Jugendberziehung“ begrüßen. Die Regierung erblicke in der Arbeit dieser Organisation eine wertvolle Mithilfe zur Erreichung des hohen Zieles, den heranwachsenden Geschlechtern die körperliche Kräftigung zu verschaffen, die für den Kampf um's Dasein bitter notwendig sei. Im Namen der Stadt Karlsruhe teilte Bürgermeister Dr. Klein mit, daß die Stadterverwaltung hoch erfreut sei über den Zusammenstoß sämtlicher Vereine. Er hoffe, daß damit eine Zentralstelle geschaffen werde, für alles was in Turnen, Spiel, Sport und Wandern in Betracht käme. Die Stadterverwaltung stehe der Gründung sehr sympathisch gegenüber und sei bereit, Turn-, Spiel- und Sportplätze zur Verfügung zu stellen und deren Herrichtung zu veranlassen.

Nach der Aussprache wurde der Städteausschuß Karlsruhe im Anschluß an den „Badischen Landesstag für Körperpflege und Jugendberziehung“ gegründet und folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die vom „Badischen Landesstag für Körperpflege und Jugendberziehung“ zur Gründung des Städteausschusses Karlsruhe und Umgestaltung am 2. März in den Löwentagen einberufene Versammlung von 150 Turn-, Spiel-, Sport- und Wandervereinen und anderen Verbänden mit ähnlichen Bestrebungen, ferner der Vertreter sämtlicher Schulen sowie der Frauen, betrachtet die Vereinstellung von Turn-, Spiel- und Sportplätzen und Schwimmgelegenheiten als die erste und wichtigste Grundlage zur Durchführung der in den Richtlinien des „Landestages“ aufgestellten Ziele. Daher werden Staat und Gemeinden im möglichen Maße eigenen — und damit allgemeinen — Interesse aufgefordert, unverzüglich die erforderlichen Mittel in enger Zusammenarbeit mit dem Landesstag und seinen Ortsausschüssen zu schaffen. Insbesondere sollte die Landeshauptstadt Karlsruhe beispielgebend und maßgebend in der Vereinstellung solcher Plätze dem ganzen badischen Lande vorangehen.“

Nachdem Herr Professor Paulke den Herren des Städteausschusses für ihre Bemühungen gebannt hatte, schloß Herr Professor Fuchs mit Worten des Dankes an die Erschienenen die Versammlung.

Nachdem der Schriftführer des Arbeitsausschusses, Herr Sportredakteur Wert die Mitteilung gemacht hatte, daß sich u. a. in Heidelberg, Eberbach, Osterburken, Wertheim, Forstheim, Freiburg, Singen, Lauda, Ludwigsburg, Lahr, Offenburg, Weßlingen und Baden-Baden bereits solche Städteausschüsse als Ortsgruppen des „Badischen Landesstages für Körperpflege und Jugendberziehung“ gebildet haben,